

**Michael Groß**

- (A) sicherungspflichtige Arbeit zu bringen. Davon, ob das gelingt, wird abhängig sein, ob die Rente finanzierbar ist oder nicht. Das ist die zentrale Frage, und dafür arbeiten wir.

Damit komme ich zurück zum Beginn meiner Rede. Wir müssen so viele Arbeitsplätze erhalten wie möglich und so viele Arbeitsplätze schaffen wie möglich, und zwar durch Transformation, auch durch ökologische Transformation. Das ist unser Ziel als Sozialdemokraten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Stephan Stracke, CDU/CSU, ist der nächste Redner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten acht Monaten ging es darum, die Substanz unserer Volkswirtschaft zu erhalten und den Menschen in Zeiten größter Unsicherheit Schutz und Sicherheit zu geben. Das tun wir; wir können dies, weil Deutschland ein starker Staat ist, weil wir einen starken Sozialstaat haben.

- (B) Im zweiten Quartal dieses Jahres mussten wir mit minus 9,8 Prozent den größten Wirtschaftseinbruch seit der Nachkriegszeit erleben. Nach einer spürbaren Erholung im dritten Quartal wird es jetzt bereits wieder deutlich schwieriger. Dazu kommen weitere Unsicherheiten auf dem Weltmarkt und mit dem drohenden harten Brexit. Wir müssen alles dafür tun, dass der deutsche Arbeitsmarkt durch diese Krise keinen dauerhaften Schaden nimmt, und verhindern, dass Millionen von Menschen vor dem Nichts stehen.

Das beste Mittel, um größten wirtschaftlichen, sozialen oder psychischen Schaden von Deutschland abzuhalten, ist, eine konsequente Pandemiebekämpfung zu machen; denn die Zahlen sind viel zu hoch, und aus dem Krankenhausbereich erreichen uns ja Notsignale. Deswegen müssen wir etwas tun und ändern.

Das beste Mittel im Kampf um Arbeitsplätze – und das hat die Vergangenheit auch gezeigt – ist Kurzarbeit. Deshalb war es klug und vorsorgend, dass wir die Regelungen für die Kurzarbeit bis ins nächste Jahr verlängert haben. Das schafft Planungssicherheit und Liquidität für die Unternehmen und sichert Arbeitsplätze.

Ich finde, es macht Mut, zu sehen: Hohe Kurzarbeiterzahlen bedeuten nicht hohe Arbeitslosigkeit. Unternehmen haben so die Chance, mit ihren Fachkräften nach der Krise wieder voll durchzustarten. So war es nach der Finanzkrise, und so wird es jetzt auch wieder sein; darauf setzen wir. Das dritte Quartal hat es gezeigt.

Wir sorgen dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir auch nach der Krise wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Wir setzen auf wirtschaftliche Dynamik, auf Innovation, Forschung und Bildung, beispielsweise im Bereich der künstlichen Intelligenz oder im Bereich der Wasserstoffwirtschaft.

(C) Es gibt auch gute Nachrichten aus dem Ausbildungsmarkt. Es ist gut, zu sehen, dass weiterhin auf hohem Niveau ausgebildet wird. Junge Menschen brauchen Zukunft, und sie brauchen Perspektive. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Betriebe hierbei noch breiter unterstützen, gerade jetzt in der Phase der Nachvermittlung.

Und wir setzen auf Qualifizierung und Weiterbildung gerade während Kurzarbeit; denn die Veränderungsprozesse sind dynamisch und verlangen ein immer höheres Qualifikationsniveau. Wir wollen, dass die Beschäftigten von heute nicht den Anschluss an die Arbeit von morgen verlieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir unterstützen und entlasten unsere Unternehmen, wo immer es geht. Mit der Sozialgarantie 2021 begrenzen wir die Sozialabgaben auf maximal 40 Prozent.

(Zuruf von der FDP: Schon wieder!)

Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und stabilisiert die Nettoeinkommen der Beschäftigten, gerade die von Geringverdienern. Stabile Sozialabgaben nutzen zweifach, nämlich Unternehmen und Beschäftigten. Deshalb machen wir es und sichern dies mit der Sozialgarantie ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Und mit den milliardenschweren Überbrückungshilfen und Kreditangeboten geben wir den Firmen die notwendige Liquidität, um durch diese Krise zu kommen. Ja, es ist richtig: Die Novemberhilfen kommen spät. Ich hätte es mir auch gewünscht, dass sie früher kommen. Aber wenn ich mir mal anschau, ob sich eines der Bundesländer – ich blicke mal nach Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz – bereit erklärt hat, zu sagen: „Ja, wir nehmen diese Aufgabe an; wir administrieren dieses und sorgen für schnelle Auszahlungen in diesem Bereich“, dann kann ich das nicht erkennen. So hat sich der Bundeswirtschaftsminister dieses Themas angenommen: 140 000 Anträge sind eingegangen. Über 100 000 Abschlagszahlungen bis 10 000 Euro konnten bereits geleistet werden.

Und ja, auch bei Selbstständigen merkt man natürlich: Allein die Fixkostenerstattung hilft nicht. Deswegen verändern wir dies ja und setzen beispielsweise noch die Betriebskostenpauschale hinzu.

Der alleinige Verweis auf Grundsicherung reicht sicherlich auch nicht aus. Aber 30 000 Anträge auf die Novemberhilfe zu erhalten und dabei bereits 95 Prozent an Abschlagszahlungen abgewickelt und ausgezahlt zu bekommen, das ist etwas, wozu wir auch sagen können: Da läuft etwas gut in diesem Land; wir unterstützen dort, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir unterstützen die Betriebe aktiv auf dem Weg durch diese schwierige Zeit. Ihnen diese Hilfe durch Steuererhöhungen dann wieder direkt abnehmen zu wollen, ist der falsche Weg aus der Krise. Steuererhöhungen, wie sie jetzt Die Linke wieder fordert, verhindern Aufschwung und wirtschaftliche Dynamik.

**Stephan Stracke**

- (A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Für die höchsten Einkommen! Nur für die höchsten 0,7 Prozent der Einkommen! Für die Reichen!)

Unternehmen brauchen keine weiteren Erschwernisse à la links,

(Otto Fricke [FDP]: Der Finanzminister ist kein Linker!)

sondern sie brauchen Erleichterungen und Perspektiven. Dafür stehen wir, und dafür werden wir auch als Union sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wir stehen auch für gute Arbeit und gute Löhne. Deswegen haben wir die Missstände in der Paketbranche beseitigt, jetzt in der Fleischindustrie.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Bei der Fleischindustrie habt ihr auf der Bremse gestanden!)

Wir sorgen dabei auch für die notwendige Flexibilität und setzen bewusst auf die Kraft der Tarifvertragsparteien. Und ich sage auch noch mal: Eine flächendeckende Tarifbindung ist gut. Dort, wo Tariflöhne gelten, sind Löhne und Arbeitsbedingungen in der Regel besser.

Deswegen sagen wir auch für die Altenpflege: Wenn die Voraussetzungen geschaffen werden, dann werden wir das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit in diesem Bereich ebenfalls ziehen, um auch hier für gerechte und gute Löhne zu sorgen.

Dieser Haushalt steht für Chancen.

- (B) Herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:**

Voraussichtlich letzter Redner zu diesem Einzelplan ist der Kollege Peter Weiß, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wenn ich, Herr Präsident, der voraussichtlich letzte Redner in dieser Debatte zum Einzelplan 11 bin, dann sollte ich jetzt noch mal sagen, was es eigentlich im Kern mit diesem Haushalt auf sich hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf: Endlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kern ist: Dieser Einzelplan 11, Arbeit und Soziales, ist das zentrale Bollwerk gegen die Auswirkungen der Coronapandemie. Er ist die klare Zusage der Politik: Wir lassen in dieser Krise niemanden allein – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht, die Unternehmen nicht, die sozialen Dienste und Einrichtungen nicht –, sondern wir stehen solidarisch zu diesem Sozialstaat, zu denen, die in diesem Land etwas leisten, und zu denen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das ist die Kernbotschaft des Einzelplans 11.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Weil in einer Krisenzeit wie während der Herausforderung durch die Coronapandemie diese Fragestellung so zentral ist, würde ich eigentlich erwarten, nachdem die Beiträge der Opposition so halb moderat waren, dass das gesamte Haus diesem Haushalt zustimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Sehr gut! – Lachen des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist schon mehrmals betont worden, und ich will es auch noch mal machen: Mit diesem Haushalt nehmen wir wahnsinnig viel Geld in die Hand, um die Bundesagentur für Arbeit nochmals zusätzlich zu stärken, vor allem, um das Kurzarbeitergeld zu gewährleisten. Das Kurzarbeitergeld ist nicht nur eine Hilfe, um jetzt über eine schwierige Zeit hinwegzukommen, sondern das Kurzarbeitergeld ist in Wahrheit auch eine Investition in die Zukunft, und da haben wir eine konkrete Erfahrung: Das ist die Finanz- und Kapitalmarktkrise 2009/2010.

Alle auf dieser Welt bescheinigen uns: Deutschland wäre so schnell und so stark aus dieser Krise damals nicht herausgekommen ohne Kurzarbeitergeld. Und wir haben anschließend zehn wirklich gute Jahre in Deutschland erlebt, was das wirtschaftliche Wachstum, was den Zuwachs an Beschäftigung angeht. Genau deswegen ist Kurzarbeitergeld nicht einfach nur Geldausgeben, sondern ist Zukunftsinvestition, damit es nach dieser Krise schneller und besser aufwärts geht.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich haben wir die Bundesagentur für Arbeit mit allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen wir dankbar sind, veranlasst, sich jetzt zu hundert Prozent auf Kurzarbeitergeldbeantragung und Kurzarbeitergeldabrechnungen zu konzentrieren. Aber die Agentur für Arbeit muss natürlich dringend, gerade in dieser Krisenzeit, auch ihre anderen Tätigkeiten wieder vollumfänglich wahrnehmen, nämlich Beratung von Arbeitslosen, Vermittlung in Arbeit, Beratung und Berufsinformation für junge Leute, damit diese einen guten Weg in Ausbildung und Arbeit gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen gehört zur Hilfe für die Bundesagentur für Arbeit auch, dafür zu sorgen, dass sie entsprechendes Personal anstellen kann. Sie hat jetzt im Oktober und November die Möglichkeit gehabt, 1 000 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen. Sie wird im Frühjahr des nächsten Jahres erneut eine entsprechend große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einstellen. Und sie hat nach dem Beschluss ihres Verwaltungsrates eine Option, wenn das im nächsten Jahr noch mal notwendig wäre, weitere 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu anzustellen.